

Der ESM-Vertrag. Jetzt berät das Bundesverfassungsgericht. Das bangende Volk, dem die Verarmung droht, hofft - die Politik fürchtet.

Wer wird gewinnen?

Das Recht – oder die Politik?

Schicksal für Deutschland

Die Stimmung ist gedrückt – bei all den Bürgern, denen das Schicksal ihrer Heimat am Herzen liegt. Die gegen das teuflische Spiel mit ihrer Zukunft ankämpfen. Die erkannt haben, worum es geht, während es Millionen anderer scheinbar immer noch nicht begriffen haben.

In wenigen Wochen wird das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung bekannt geben. Wird es sich ausschließlich am Recht orientieren – oder wird es Konzessionen an die Europa-Politik machen, aus „übergeordneten Gründen“?

Prof. Paul Kirchhof, 12 Jahre lang Richter gerade an diesem Gericht und sehr erfahren, formuliert seine Meinung vor einer erregten Öffentlichkeit:

„Eine Instabilität des Rechts wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen!“

Was folgert der Laie daraus? Weg mit dem ESM-Vertrag! Das Gericht kann sich, darf sich, durch die Politik nicht beeinflussen lassen. Hier sind doch unbestechliche Richter am Werk, die sich in ihre Arbeit nicht hineinreden lassen – Richter sind nicht Politiker. Die machen sogar Druck mit der Zeit, wollen kurzfristig eine Entscheidung. Und sogar der Chef der Euro-Gruppe, Herr Juncker aus Luxemburg, scheut vor der Einmischung bei deinem deutschen Gericht nicht zurück. Schnell, schnell, soll es gehen. Es muß wirklich schlimm stehen um die Interessen der Politiker, die ohnehin nicht immer nachvollziehbar sind, schon gar nicht in Sachen Euro - um es vorsichtig auszudrücken...

Und die Presse?

„Deutsche Verfassungsrichter lassen sich von niemandem unter Zeitdruck setzen: Entschleunigung heißt ihre Devise. Endlich gibt es wieder Hoffnung in der Euro-Krise...“

so die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Also bedächtige Sorgfalt vor Schnelligkeit. Gut so. Wenn diese Hoffnung nur nicht verfrüht ist...

Denn WELT ONLINE meldet sich mit einem Szenario zu Wort, das zwar eine innere Logik hat, das man gleichwohl aber nicht zu Ende zu denken wagt. Dieses Szenario geht so:

- Das Bundesverfassungsgericht könnte aus Furcht vor Kritik der Politik – nach einer nur taktischen Pause des Nachdenkens – die Eilanträge gegen den ESM-Vertrag und Fiskalpakt im September zurückweisen.
- Der ESM tritt umgehend Anfang Oktober in Kraft. In der Zwischenzeit sind die Zinsen für spanische und italienische Anleihen mit langen Laufzeiten über 7 % gestiegen. Beide Staaten beantragen sofort Hilfe durch den ESM.
- Damit würden insgesamt sechs EU-Krisenstaaten als Zahler in den ESM ausfallen. Laut ESM-Vertrag muß die dann entstehende Zahlungslücke von den verbliebenen (noch zahlungsfähigen) ESM-Partnern ausgefüllt werden. Der deutsche Anteil an dem 700 Milliarden-Euro-Fonds steigt von 27 % auf knapp 64 %.
- Viele Bundestagsabgeordnete zeigen sich überrascht, dass Deutschland jetzt für zwei Drittel der 1,14 Milliarden (ESM + 440 Milliarden ESFS, die ab 2013 dazugerechnet werden) haften muß. Dazu kommen noch die Rettungspakete für Griechenland, Irland und Portugal.
- Parallel dazu ziehen sprunghaft die Außenstände der Bundesbank im Target-2-System an: EU-Zentralbanken schulden der Bundesbank (also uns Steuerzahlern) im Juni 2012 bereits 728 Milliarden Euro. Allein Spaniens Target-2-Verbindlichkeiten stiegen im Juni um 63 auf 408 Milliarden Euro.
- Um Liquidität für Märkte zu sichern, erteilt die Europäische Zentralbank (EZB) dem ESM überraschend eine Banklizenz. Damit kann sich der ESM unbegrenzt refinanzieren und Schulden monetarisieren. Die europäischen Aktienmärkte haussieren deswegen über Wochen.

- Die US-Ratingagentur Egan-Jones hatte Deutschland bereits Anfang 2012 das AAA-Rating entzogen. Nun folgen die großen Rating-Agenturen im Dezember – auch Deutschlands Zinskosten steigen jetzt rapide, allerdings von einem noch niedrigen Niveau aus.
- Der Dezember-Gipfel der EU beschließt vor diesem Hintergrund, den Fiskalpakt zu optimieren und die Zeitpläne zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts für alle Euro-Staaten zu strecken. Auch wird die Grundstruktur einer Bankenunion etabliert, wobei der deutsche Kapitalgrundstock des Einlagensicherungsfonds sofort einbezogen wird.
- Diese Entscheidungen zeigen im Januar 2013 Wirkung. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen, die als Richtungswahl für die Bundestagswahl im Herbst gilt, verliert die CDU/FDP ihre parlamentarische Mehrheit. Umgekehrt gewinnt die SPD die zwölfte Landtagswahl in Folge seit dem ersten Griechenland-„Rettungspaket“ im Mai 2010.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel spürt, dass der Zeitgeist weit nach links gedreht hat und ist nur noch bereit, sich mit der Einnahmeseite zu beschäftigen. Sie führt zuerst die Umsatzsteuer auf Gold ein und bereitet Kapitalverkehrskontrollen vor. Sie versucht überdies, der SPD zuvorzukommen und schlägt eine Vermögenssubstanzsteuer vor – ähnlich dem Modell das das DIW vor etwa 10 Tagen vorgelegt hat (= Zwangsabgabe auf alle Netto-Vermögen über 250 000 €). In Verbindung mit den Zensusdaten von 2011 können nun alle Immobilien individuell marktnah erfasst und taxiert werden.
- Vielen Bundesbürgern ist nicht klar, warum deutsche Steuerzahler säumigen EU-Steuerzahlern zur Seite springen sollen und in Kollektivhaftung genommen werden. Eine Auswanderungswelle beginnt. Rentner machen keine Revolution.
- Ergebnis der Bundestagswahl 2013: Die FDP kommt nicht mehr in den Bundestag, dafür die Freien Wähler (knapp) und die Piraten (2-stellig). Die SPD wird stärkste Partei. Die CDU hat zu wenig Abgeordnete, um mit den Freien Wählern zu koalieren. So wird die CDU Juniorpartner in einer großen Koalition mit der SPD.

- Sigmar Gabriel wird Bundeskanzler. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2013 erfolgt die kollektive Zustimmung zu Euro-Bonds. Der Aktienmarkt explodiert förmlich, die Zinsen fallen, und Gold steigt rapide. Die City of London und die Wallstreet sehen sich als große Gewinner, da ihre Banken gerettet wurden und weder Großbritannien noch die USA in Haftung treten müssen. Den Rest erledigt die Inflation...

Eine Horror-Vision? Ja, eine Horror-Vision, die sich WELT ONLINE ausgedacht hat. Aber – ist sie wirklich so abwegig, wie es (noch) den Anschein hat?

Was wird sein, wenn das Verfassungsgericht „NEIN“ zu den Eilanträgen sagt? Was, wenn es „Ja, aber...“ heißen sollte? Auch dann dürfte der Nationalstaat Deutschland noch keineswegs gerettet sein. Wolfgang Schäuble zum Beispiel wird weiter für weniger deutsche Souveränität und für eine echte europäische Regierung kämpfen – gegen sein Volk. Hat er über seinem Europa-Enthusiasmus etwa seinen deutschen Amtseid vergessen?

Lutz Radtke